

## Schein und Sein

### Ein Blick hinter die »Erfolgsmeldungen« der NPD in Leipzig und Nordsachsen

Die 62.000 internen NPD-Mails, die vor kurzem verschiedenen Medien zugespielt wurden, gewähren interessante Einblicke ins Innenleben der Nazipartei. So berichtete Spiegel-Online Mitte Februar von einer geplanten Posse im Zusammenhang mit der letztlich gescheiterten Abwahl des parteilosen Leipziger Kulturbürgermeisters Michael Faber. Nachdem die zwei NPD-Stadträte Rudi Gerhard und Klaus Ufer im Dezember noch für die Abwahl des ungeliebten Beigeordneten gestimmt hatten – und die Partei damit laut einer Mitteilung ihrer »Kommunalpolitischen Vereinigung« (KPV) zum »Zünglein an der Waage« geworden war –, sollten die beiden Rentner bei der zweiten Abstimmungsrunde am 19. Januar für Fabers Verbleib im Amt votieren.

Mit diesem geänderten Wahlverhalten wollte sich der KPV-Vorsitzende Hartmut Krien dafür rächen, dass die »etablierten Parteien« nicht auf das Gesprächsangebot der NPD eingegangen sind: »Wenn es klappt, daß wir quasi als Bestrafung für unsere Ausgrenzung die Abwahl verhindern, wäre das ein Erfolg, der die bisherigen Nadelstiche weit in den Schatten stellt«, heißt es in einer E-Mail Kriens an seine Stellvertreterin Katrin Köhler aus Chemnitz. Diese sollte am Tage der Abstimmung in Kriens Auftrag dafür sorgen, dass die Leipziger NPD-Stadträte auch mitspielen: »Übermittle bitte den Beiden, daß das eine dringende Weisung ist. Ob man das Wort Befehl verwenden sollte muß Du in der Situation entscheiden.«

#### ■ »Bitte lügen!«

All zu viel politischen Sachverstand traut die NPD ihren Abgeordneten offenbar nicht zu: Köhler sollte ihnen die veränderte Strategie (»Das Schwierige ist, daß das sie anders abstimmen sollen als beim ersten Mal!«) vor der Sitzung gut erklären und dabei besonders um denjenigen der beiden kümmern, »der etwas schwerfälliger versteht«, wies Krien seine Emissarin an: »Zeit lassen und wiederholen!« Für den Fall, dass Faber doch abgewählt worden wäre, sollten Gerhard und Ufer hinterher behaupten, auch sie hätten gegen den Kulturbürgermeister gestimmt: »Bei gelunge-

ner Abwahl bitte lügen!« Die NPD wollte sich so oder so als entscheidende Kraft darstellen. Um dieses falsche Spiel nicht zu gefährden, sollten die Leipziger am besten »absolut die Klappe halten.«

So weit sollte es nicht kommen, da am Ende nur 44 Abgeordnete für Fabers Rausschmiss votierten – vier weniger als im Dezember. Auf die NPD-Stimmen kam es also gar nicht an. Enttäuscht tönte Möchtegern-Strippenzieher Krien daher in einer Pressemitteilung: »Vertreter der Altparteien sind aus Angst vor NPD-Einfluß umgekippt.«

#### ■ »Marketing-Berater« in Nordsachsen

Auch bei den »Nationalen Schulungszentren«, welche die Partei im September und Oktober vergangenen Jahres in Delitzsch und Eilenburg eröffnet haben will, steckt hinter den vollmundigen Erklärungen (»ausgebuchter Veranstaltungs- und Aktionskalender«) offenbar mehr Schein als Sein. Bei dem angeblichen »Zentrum« in Eilenburg soll es sich lediglich um einen Raum in einer Gaststätte im benachbarten Doberschütz handeln, der für eine »Geburtstagsfeier« angemietet wurde. In Delitzsch nutzen die Neonazis für ihre Treffen ebenfalls nur einen Gasthof im Ortsteil Zschepenen. Der nordsächsische NPD-Kreisvorsitzende Maik Scheffler räumte gegenüber der LVZ inzwischen ein, dass es schwierig sei, hier ein »festes Domizil« zu finden.

Möglicherweise gehen die herbeigeplunkerten »Schulungszentren« auf den »Marketing-Berater« zurück, über den die nordsächsische NPD seit kurzem verfügt. Dieser solle »neue und modernere Wege in Sachen öffentlicher Wahrnehmung umsetzen«, heißt es in einem Bericht von der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes im Oktober. Das Landesamt für Verfassungsschutz geht davon aus, dass die NPD mit ihren »überzogenen Verlautbarungen« der Öffentlichkeit und den eigenen Anhängern suggerieren möchte, »dass es sich bei ihr um eine starke und aktive Organisation mit vermeintlich hoher Akzeptanz und Wahrnehmung handelt.«

#### ■ Zoff um die Odermannstraße

Noch mehr Probleme gibt es anscheinend mit dem seit 2008 bestehenden Leipziger NPD-Zentrum in der Odermannstraße. Wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die erteilte Baugenehmigung wächst der Druck auf die Stadtverwaltung, ein baupolizeiliches Verfahren einzu-



Maik Scheffler, Kreisverbandschef NPD-Nordsachsen, hier im Interview bei Naziaufmarsch in Chemnitz, am 5. März.

leiten. Dies könnte zu einer Nutzungsunter-sagung für die Mehrzweckhalle auf dem Gelände führen, in der immer wieder Konzerte und Vortragsveranstaltungen stattgefunden haben. Die endgültige Schließung des Nazi-Zentrums hat sich die antifaschistische Kam-pagne »Fence Off« zum Ziel gesetzt.

In einem Artikel im überregionalen »Anti-faschistischen Infoblatt« (Nr. 89) wird zudem von einem »Kleinkrieg unter Kameraden« berichtet: Von einer Spaltung zwischen den jüngeren »Freien Kräften« sowie der Hooligan-Gruppe »Blue Caps LE«, die in der Odermannstraße ihren Sitz haben, und Altkadern wie dem Kreisvorsitzenden Helmut Herrmann oder den Stadträten Gerhard und Ufer. Gestritten wird u.a. um die Miete, welche die Jung-Nazis für die Nutzung des »Nationalen Zentrums« entrichten müssen. Unterstützung für die parlamentarische Arbeit kommt von ihnen keine. Das bleibt Hartmut Krien und seiner KPV überlassen, der die fraktionslosen NPD-Stadträte von Dresden aus »berät«.

#### Weiterführende Links:

Artikel bei Spiegel Online:  
<http://goo.gl/VVhT8>

Antifaschistisches Infoblatt:  
[www.antifainfoblatt.de](http://www.antifainfoblatt.de)

Leipziger Kampagne »FenceOff«:  
[www.fenceoff.org](http://www.fenceoff.org)

# Polizeimeldungen dokumentiert!

Die Berichterstattung der Polizei über Straftaten gibt immer wieder Anlass zur Diskussion über Rassismus und Vorurteile.

Dass in einem mehrheitlich von Weißen mit deutscher Abstammung bewohnten Land wie der Bundesrepublik weiß und mit deutscher Abstammung zu sein als normal, einen Migrationshintergrund haben und/oder nicht weiß zu sein hingegen immer wieder erklärungsbedürftig ist, bekommen Nicht-Weiße und/oder Nicht-deutsch-Stämmige Menschen tagtäglich zu spüren. Die Definition von „normal“ und „besonders“, Regel und Ausnahme, oft Mehrheit und Minderheit, ist Bestandteil vieler Formen der Diskriminierung.

Die Verschränkung von Diskursen über Migration, Leitkultur und Kriminalität führt immer wieder zu der Behauptung, Ausländer\_innen würden häufiger straffällig werden als Deutsche, womit in diesen Fällen meistens nicht die Staatsbürgerschaft, sondern die vermeintliche „Herkunft“ gemeint ist. Solche Aussagen zielen in der Regel nicht darauf ab, die realen Lebensumstände in Deutschland lebender Ausländer\_innen, oder Deutscher, die keine deutsche Abstammung aufweisen können, in den Blick zu nehmen; Vielmehr untermauern sie die Grundannahme, bestimmte Menschen würden nicht nach Deutschland passen, könnten bzw. wollten sich per se nicht integrieren. Solche weitverbreiteten Einstellungen haben ihrerseits wieder Rückwirkungen auf Statistiken. Man spricht von „Tatverdachtseffekt“ und „Anzeigeeffekt“, wenn es darum geht, dass als nicht-deutsch wahrgenommene Menschen von Bevölkerung und Polizei eher verdächtig und angezeigt werden, als weiße, deutschstämmige Menschen.

Der hier deutlich werdenden Erwartungshaltung vieler Angehöriger der weißen Mehrheitsgesellschaft sowie der Einteilung in deutsch-stämmige Normale und der ausländische „Andere“ ist es geschuldet, dass ein ausländischer Tatverdächtiger, sofern diese Tatsache z.B. in der Zeitung Erwähnung findet, auffällt. Seine nicht-deutsche Herkunft prägt sich ein, und bestätigt so scheinbar die oben genannten Ressentiments, was zur Verfestigung rassistischer und ausländerfeindlicher Stereotype führt.

„In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

Deutscher Presserat, Richtlinie 12.1

Dieser Gefahr ist sich auch der Deutsche Presserat bewusst, der mit dem Deutschen Pressekodex einen Richtlinienkatalog für die journalistische Arbeit herausgibt. Unter Ziffer 12 heißt es unter der Überschrift Diskriminierungen: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.“ Und in der entsprechenden Richtlinie 12.1 Berichterstattung über Straftaten: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

Auf der Grundlage dieser Richtlinie sind Presseorgane dazu angehalten, die Nationalität einer/s Tatverdächtigen nur dann zu erwähnen, wenn das bei Aufklärung der Tat von Bedeutung ist, oder ein Zusammenhang zwischen der Nationalität des/der Täter/in und der Straftat an sich besteht. Der Presserat nimmt Beschwerden entgegen und verteilt gegebenenfalls Rügen oder Missbilligungen an Zeitungen und sonstige Medien, die gegen die im Pressekodex vereinbarten Regelungen verstoßen.

## ■ Das objektive Auge des Gesetzes?

Als Organisation großer deutscher Verleger und Journalistenverbände hat der Presserat den Pressekodex als freiwillige Selbstverpflichtung der ihm angehörenden Verlage herausgegeben. Die Pressestellen der Polizei sind folglich nicht an seine Richtlinien gebunden, und veröffentlichten in Leipzig und Sachsen häufig unbegründet die Nationalität von Tatverdächtigen. Die unreflektier-

te Nennung von Nationalitäten wird hierbei häufig von der LVZ übernommen, schließlich gilt eine Polizeimeldung als neutral und sachlich. Das führt zu der Situation, die Ilka Desgranges, seit 1995 Mitglied des Deutschen Presserates, in einem im August 2007 von der Heinrich Böll Stiftung veröffentlichten Interview bemängelt:

„Wenn über Menschen mit Migrationshintergrund berichtet wird, dann meist in zwei Sparten: dem Polizeibericht oder aber in der Folklore-Ecke. Wenn der Kroat eine Handtasche gestohlen hat oder aber wenn die Griechen mal wieder im Volkshochschulzentrum Sirtaki tanzen, dann reagieren die Zeitungen und berichten darüber.“

## ■ Polizeimeldungen und chronik.LE

Wir sind der Meinung, dass auch die Polizei die (vermutete) Herkunft eines/r Tatverdächtigen nur dann nennen sollte, wenn dadurch die Umstände der Tat erhellt werden, oder dadurch die Ergreifung des/der Täter\_in ermöglicht wird. Deswegen versuchen wir auch Polizeimeldungen, die gegen den Pressekodex verstoßen, in die Chronik aufzunehmen.

## Weiterführende Links:

Homepage des Deutschen Presserates:  
[www.presserat.info](http://www.presserat.info)  
Dossier Medien & Diversity, Heinrich Böll Stiftung:  
<http://goo.gl/iBlxe>

# Sammlungsversuche am rechten Rand

## Regionalgruppe der Partei »Die Freiheit« in Leipzig und »Bürgerbewegung pro Sachsen«

Zwischen erklärten Neonazis und Konservativen ist noch Platz: Das hoffen zumindest Parteien und Bewegungen, die mangels eines besseren Begriffs häufig als »Rechtspopulisten« bezeichnet werden. Dazu zählt etwa die im vergangenen Jahr von dem ehemaligen Berliner CDU-Politiker René Stadtkewitz gegründete Partei »Die Freiheit«, die sich an der niederländischen »Partij voor de Vrijheid« des islamfeindlichen Politikers Geert Wilders orientiert. Wegen einer Veranstaltung mit Wilders, der sich derzeit wegen seiner Antimuslim-Hetze vor einem niederländischen Gericht verantworten muss, wurde Stadtkewitz, der auch der islamfeindlichen »Bürgerbewegung Pax-Europa« angehört, im September 2010 aus der CDU-Fraktion im Senat ausgeschlossen.

### ■ »Sachsen rockt«

Am 17. Januar fand in einer Gaststätte in Eutritzsch eine erste Infoveranstaltung der »Freiheit« in Leipzig statt, an der nach Parteiangaben über 50 Interessierte teilgenommen haben. Laut dem Bericht unter der Überschrift »Sachsen rockt« sprach Bundesvorstandsmitglied Felix Strüning dabei unter anderem über die von der Partei ausgemachten »Integrationsprobleme«, vor allem die »Gefahr einer undifferenzierten Betrachtung des Islams«. Man solle zwischen »gut integrierten ›Kulturmuslimen‹ und der ideologischen Komponente des politischen Islams« unterscheiden.

Dieser Problematik geht der Jungpolitiker auch in seiner Dissertation zum Thema »Bürgerliche Islamkritik« nach. Dass er die Veranstaltung in Leipzig bestritt, war kein Zufall. Im Wintersemester 2010/11 war Strüning Lehrbeauftragter am Institut für praktische Theologie, Abteilung Religionssoziologie, an der Universität Leipzig und gab dort ein Seminar mit dem Titel »Zwischen Islamophobie und Kulturrelativismus – Der Islam in den Augen der Deutschen«.

Inzwischen haben zwei weitere Regionaltreffen der »Freiheit« in Leipzig stattgefunden, an denen jedoch nur noch zehn Personen teilnahmen. Auch in Dresden, Chemnitz und Döbeln soll es Regionalgruppen der selbst ernannten »Bürgerrechtspartei« geben.

### ■ »Ein starkes Sachsen, die Nation und das deutsche Vaterland«

In ähnlichen Gewässern möchte die »Bürgerbewegung pro Sachsen« fischen, die am 5. Februar 2010 in Kamenz gegründet wurde. Dazu haben sich das »Bündnis Arbeit – Familie – Vaterland« des aus der CDU ausgeschlossenen ehemaligen Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche und die Kleinstparteien »Deutsche Soziale Union« (DSU), »Freiheitliche Partei Deutschlands« und »Sächsische Volkspartei« des früheren NPD-Landtagsabgeordneten Mirko Schmidt zusammengeschlossen.

Der DSU-Landesvorsitzende Tobias Keller aus Leipzig erklärte dazu, mit der lange vorbereiteten Gründung des Bündnisses solle das »konservative Lager« in Sachsen geeint werden. Der zum Vorsitzenden von »Pro Sachsen« gewählte Henry Nitzsche bezeichnet die politische Ausrichtung des Zusammenschlusses als rechtskonservativ und nationalkonservativ: »Wichtig sind uns ein starkes Sachsen, die Nation und das deutsche Vaterland.«

Nitzsche war 2006 nach Äußerungen über einen »Schuldskult«, unter dem Deutschland leide, und in Berlin regierende »Multikulturschwuchtel« aus der CDU rausgeschmissen worden. Bereits zuvor hatte er verkündet: »Eher wird einem Moslem die Hand abfaulen, als dass er bei der Christlich Demokratischen Union sein Kreuz auf den Wahlzettel macht.«. Im Bundestagswahlkampf 2005 hatte er mit der Parole »Arbeit, Familie, Vaterland« für sich geworben, die dem französischen Vichy-Regime im Zweiten Weltkrieg als Wahlspruch gedient hatte und auch von der sächsischen NPD verwendet wird.

Als Vorbild hat sich »Pro Sachsen« unter anderem die ausländerfeindliche »Schweizerische Volkspartei« auserkoren. Deren Parlamentsabgeordneter Oscar Freysinger war bei der Gründungsveranstaltung als Gastredner anwesend. Glückwünsche kamen auch von der »Bürgerbewegung pro NRW« bzw. »Pro Köln«, die bereits Mitte der 90er Jahre von ehemaligen Funktionären der »Republikaner«, der NPD und der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« gegründet wurde. Im Jahr 2008 hatte Nitzsche mit einem Transparent mit dem Spruch »Sach-



Der Vorsitzende der islamfeindlichen Freiheitspartei (Partij voor de Vrijheid PVV) Geert Wilders kam im Oktober 2010 auf Einladung des ehemaligen Berliner CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz nach Berlin.

senmut stoppt Moslemflut« an einer Anti-Islam-Kundgebung von »Pro Köln/NRW« teilgenommen.

Die DSU war bis 2009 durch Karl-Heinz Obser im Leipziger Stadtrat vertreten, der sich der CDU-Fraktion angeschlossen hatte. Beim Neujahrsempfang der Partei am 22. Januar nahmen auch die »Bundesvorsitzenden« der »Freiheitlichen Partei Deutschland«, der »Deutschen Partei« und des »Bündnis für Freiheit und Demokratie« (BFD) teil. Das 2010 gegründete BFD stellt einen weiteren Sammlungsversuch im rechten Spektrum dar. Dem sächsischen Landesvorstand gehören mehrere DSU-Mitglieder an, u.a. der DSU-Landesvorsitzende Keller und der frühere Leipziger Stadtrat Obser.

### Weiterführende Links:

Dossier »Antimuslimischer Rassismus & rechtspopulistische Organisationen«:

<http://goo.gl/1qv00>

Dossier »Was ist Rechtspopulismus?«

<http://goo.gl/hSOSp>



## „Ich muss doch als Sterntaler weiß und blond sein.“ Eine Betroffene berichtet von ihren alltäglichen Rassismuserfahrungen

Die Auseinandersetzung mit Herkunft, kultureller Identität, Wurzeln, Hautfarbe und meinem eigenen Weißsein spielte in meinem Leben keine Rolle. „Das ist doch heute kein Problem mehr. Bei uns doch nicht“, habe auch ich einmal gesagt. Dass ich mich geirrt habe, erlebe ich seit der Geburt meiner schwarzen Tochter. „Du hast wohl zu viel Möhrensaft getrunken?“, wird sie am ersten Tag in der Kinderkrippe von der Erzieherin gefragt. Ich verstehe gar nicht, was sie mit der Frage meint. Erst später begreife ich die Anspielung auf ihre Hautfarbe. Wenige Monate danach plappert meine Tochter beim Abendessen das Wort „Neger“ aus. Ich weiß nicht, wo sie das aufgeschnappt hat und sie ist noch zu klein, um es mir zu erzählen. Spätestens jetzt wird mir klar, dass sich unser Familienleben von dem monokulturellen Eltern unterscheidet.

„Wie süß, wie niedlich“, hörte ich im Babyjahr oft von älteren Damen, wenn ich auf den Bus wartete. Den Komplimenten folgt ein schneller Griff in das Tragetuch und meine Tochter wird ungefragt getätschelt. Ich lächle verlegen und freue mich über die positive Reaktion. Heute nervt es mich einfach nur, dass wir in der Öffentlichkeit auffallen, dass meine Tochter als Exotin wahrgenommen wird. „Wie kämmen Sie denn diese Haare?“, „Ist das nicht schwierig mit diesen Haaren?“, hören wir häufig an der Kasse in Geschäften.

Wieder an der Haltestelle: Meine Tochter hüpf ausgelassen um das Wartehäuschen herum und trällert ein Lied. Eine Frau beobachtet sie aufmerksam. Dann sieht sie mich an und sagt: „Na, das Temperament hat sie von ihrem Vater.“ Ich frage mich, woher sie das wissen will, da sie ihn gar nicht kennt. Welche Vorstellung verbindet sie mit schwarzen Menschen?

„Darf ich sie mal was fragen?“, nähert sich im Freibad Kleinzschocher eine junge Frau an unsere Decke an. „Ihre Tochter ist doch afrikanisch.“ Als ich das verneine und antworte, sie sei deutsch, wird die Frau unsicher und hakt nach. „Naja, aber Sie waren ja schon mal in Afrika. Ich möchte da nämlich dieses Jahr in den Urlaub fahren. Können Sie mir Tipps geben?“ Ich erkläre, dass ich nie in Afrika war und selbst wenn, dass der Kontinent viele Länder hat und ich keine pauschalen Reisetipps geben kann. Wir stehen an der Kasse in einer Drogerie im Leipziger Hauptbahnhof. Vor uns eine Frau mit Kinderwagen, über dem ein blau-weißer Fußballschal hängt. Die Frau hat ihre Haare millimeterkurz geschoren und einen blonden Pony. Wortlos starrt sie meine Tochter an, die beim Warten leicht den Kinderwagen berührt. Ruckartig zieht die Mutter mit grimmiger Miene den Wagen weg. Ich erkläre ihr, dass sie keine Angst haben muss. Meine Tochter färbe nicht ab.

Am Abend sitze ich in einem Freisitz auf der Karl-Liebknecht-Straße. Beim Döneressen komme ich mit den anderen Gästen ins Gespräch. Später schaue ich auf meinem Telefon nach der Uhrzeit. Als der Mann neben mir das Foto meiner Tochter auf dem Display sieht, sagt er erschrocken: „Die Kind ist ja schwarz! Wie ist das denn pas-

siert. Hast Du keinen anderen abbekommen?“ Ich habe auf die Diskussion keine Lust, esse auf und gehe.

Familienausflug mit dem Vater meiner Tochter. Im Bus schaue ich auf den Fahrplan, wo wir aussteigen müssen. Ein Service-Mitarbeiter der LVB fragt mich auf Englisch, ob er mir helfen könne. „Danke, nein. Ich spreche deutsch.“ Das hält ihn nicht davon ab, den Vater meiner Tochter später wieder auf Englisch anzusprechen, der ihn nur verwundert ansieht, weil er diese Sprache gar nicht kann. Es ist das erste Mal, dass ich erlebe, dass Nicht-Weißsein oder das Zusammensein mit Schwarzen bei anderen Menschen den Glauben erweckt, man spreche automatisch nicht deutsch.

Sonntagnachmittag beim Kaffeetrinken mit meinen Eltern. Wir essen Kuchen und plaudern entspannt, bis meine Mutter vor meiner Tochter sagt: „Wir können ja froh sein, dass sie nicht ganz so dunkel ist. Sie hat ja eine schöne Hautfarbe.“ Ich kläre sie darüber auf, dass es weder schöne noch hässliche Hautfarben gibt und schenke ihr ein Buch über afrodeutsche Kinder.

An einem Sommertag fahren wir Freunde in Trebsen besuchen. Meine Tochter wird das Wochenende dort ohne mich verbringen. Es sind Landtagswahlen und auf der Fahrt sind die Straßen mit zahlreichen NPD-Plakaten

geplästert. Die Familie will mit den Kindern auf ein Volksfest in Grimma. Als ich erkläre, dass ich das nicht möchte, weil ich mir in dieser Gegend Sorgen mache, zumal ich nicht dabei sein werde. Ich stoße jedoch auf völliges Unverständnis. „Da wird schon nix passieren.“ Letztlich willigen die Freunde ein, nicht auf das Fest zu gehen.

Shoppingnachmittag in der Innenstadt. In der Kinderabteilung im Kaufhaus suchen wir ein neues T-Shirt und meine Tochter hält freudig eins hoch in schönen bunten Farben. Ein Mädchen ist darauf abgebildet. Die Aufschrift: „Wild African Girl.“ Ich erinnere mich an die unzähligen Situationen an Leipzigs Bushaltestellen und überlege kurz, ob sich das T-Shirt auch verkaufen würde mit der Aufschrift „Wild European Girl“. Dann entscheide ich, es wieder auf die Stange zu hängen und weiter zu suchen.

Für die Faschingsparty im Kindergarten haben

wir ein Sterntalerkostüm ausgesucht. Einen Tag vorm Fest möchte meine Tochter das Kleid doch nicht anziehen. „Ich muss doch als Sterntaler weiß und blond sein. Das sieht bei mir nicht schön aus“, argumentiert sie. Ich muss schlucken und habe Mühe, mir nicht anmerken zu lassen, dass mich das traurig und betroffen macht. Wir googeln zusammen Begriffe wie „black jesus“ und „afro-american santa claus“. Als sie sieht, dass der Weihnachtsmann, eine Meerjungfrau und Feen auch schwarz sein können, freut sie sich und zieht das Kleid an.

Ich nehme die Situation zum Anlass, mit ihr über ihre Zimmerdekoration zu sprechen. Dabei fällt mir auf, dass an ihren Wänden nur weiße Prinzessinnen hängen, im Bücherregal fast nur Bände stehen, in denen die Figuren weiß sind. Das gleiche gilt für Filme in unserem Haus. Mein Kind wächst in einer weißen Umgebung auf. Am nächsten Tag suche ich erfolglos in der Buchhandlung nach Kinderliteratur, in denen Schwarze präsent sind. Die Verkäuferin findet nur zwei Exemplare. In einem erzählt ein Mädchen aus Afrika über ihre Schule. In einem anderen Eltern über ihr schwarzes adoptiertes Kind. Kein

einziges Buch, in dem schwarze Kinder einfach nur so vorkommen. Im Internet werde ich auf dem US-amerikanischen Buchmarkt schnell fündig. Sogar Rapunzel, Der Fischer und seine Frau und Hänsel und Gretel gibt es in einer Version, in der die Figuren schwarz sind. Die englischen Texte übersetze ich und klebe die deutschen Zeilen einfach darüber.

Ich denke an die Frau im Schwimmbad, die sagte, meine Tochter sei afrikanisch und ihr entgegnete, nein, sie sei deutsch. So wie andere zuerst ihre Hautfarbe wahrnehmen, habe ich sie wahrscheinlich immer nur als mein Kind gesehen, weder schwarz noch weiß. Welchen Anteil ich selbst als weiße Mutter daran habe, dass sich mein Kind mit ihrer Binationalität wohl fühlt, habe ich erst spät wahrgenommen. Heute ist sie sechs Jahre alt und kommt im Sommer in die Schule. Ihr größter Wunsch: Dass sie in ihrer Klasse nicht die einzige Schwarze ist.

## Der 13. Februar in Dresden „Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht“

Was die „extremistische“ Vorstellung von Gesellschaft für Folgen für das demokratische Selbstverständnis in der Gesellschaft hat, lässt sich recht plastisch am Umgang mit einem zentralen Grundwert der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ nachvollziehen: die Versammlungsfreiheit wird immer wieder als zentraler Ort öffentlicher Meinungsbildung im demokratischen Verfassungsstaat bezeichnet. Doch im Sinne von Ruhe und Ordnung kann es durchaus zu erheblichen Einschränkungen kommen: gewisse „symbolische Orte“ in Sachsen sind seit 2010 mit einer Novelle des Versammlungsrechts von der Versammlungsfreiheit befreit.

Die „extremistische“ Ordnung offenbart sich regelmäßig am 13. Februar in Dresden: Während die Innenstadt zur schwerbewachten Zone der Ordnung erklärt wird, wird jeder Widerspruch und Protest an den Stadtrand abgeschoben und damit als „extremistisch“ markiert. Ein Ausschnitt des Diskurses soll dies verdeutlichen. Trotz intensiver Debatten darum ist es bisher nicht gelungen, einen hegemonialen Konsens zu brechen: Dresden gilt als das „letzte Opfer des Nationalsozialismus“ – nicht nur Thomas de Maiziere, Mitte Februar noch Bundesminister des Innern, wurde nicht müde, dies vor Kameras zu betonen. Die Dresdner Art und Weise, zu gedenken,

bleibt am 13. Februar am zentralen Gedenkort, der Dresdner Altstadt rund um die Frauenkirche, unhinterfragt. Und rechtsstaatliche Institutionen bewahren diesen Zustand: Das seit einem Jahr gültige neue Versammlungsrecht und eine massive Polizeikette sorgen für Ruhe – eine um die

Innenstadt gebildete Menschenkette schützt nur symbolisch diesen Raum. Sie verhindert auch keine Neonazi-Aufmärsche. Doch im Moment des Händchen-Haltens ist man sich einig: die Mitte der Stadt symbolisiert auch die „Mitte“ der Gesellschaft; Protest, Widerspruch, Dissens mit dieser hegemonialen Gedenkkultur finden währenddessen am Stadtrand statt. Das Versammlungsrecht verhindert an diesem Tag öffentliche Kommunikation, an deren Stelle wird still gedacht; eine politische Kultur, die ein Dresdner „Ausnahmestand“ ist.

Nicht die „extremistischen Lager“ werden getrennt, wie Polizei und Gerichte nicht müde werden, zu betonen. Die Stadt wird geteilt: eine „Ruhe“-Zone umgeben von „Krach“, Innenstadt und Stadtrand, „Rand“ und „Mitte“, das konsensuale „Dresdner“ Gedenken und jegliche Störung. Am 13. Februar verordnet sich der Rechtsstaat in Dresden „Ruhe“. Der Extremismus-Begriff ermöglicht es, jegliche Kritik als bloße Störung der „Ruhe“ abzutun: die inhaltliche Dimension gerät völlig aus dem Blick. Ob man sich kritisch auf den sehr speziellen



Die Proteste in Dresden mussten außer Sichtweite des Naziaufmarschs stattfinden.

Dresdner Täter-Opfer-Diskurs bezieht, oder schlicht nationalsozialistisch argumentiert, spielt keine Rolle. So inhaltlich entleert, kann die „Störung“ nur mit den Hütern der Ordnung ausgetragen werden – Und wird dann wieder nur als solche wahrgenommen.

So entsteht ein Bild demokratischer Kultur, das eher eine Karikatur (nicht nur) der Versammlungsfreiheit ist; eigentlich Hort der „ordnungsgemäßen“ Äußerung von Kritik an Zuständen, von Unzufriedenheit, von Ungleichheit. Aber in Dresden werden minoritäre Positionen – trotz der Diskussionen im Vorfeld – als Störer\_innen der Ordnung, als „extremistisch“ gebrandmarkt. Das extremistische Gesellschaftsmodell erschafft damit Extremist\_innen. Es trifft auch kritische Positionen und Menschen, die für mehr Demokratie eintreten.

# Die Extremismusklausel ist keine Demokratieklausele

In den Kreisen zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Neonazismus, Rassismus und Diskriminierung herrscht Unverständnis, Sorge und Empörung: Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) wollen die Vergabe staatlicher Fördergelder von der Zustimmung zu einer „Extremismusklausel“ – in der Sprachregelung des Familienministeriums „Demokratieklausel“ – abhängig machen. Wer Geld für seine Arbeit gegen Nazis und Rassisten haben möchte, muss neben einem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO) der BRD auch einen Passus unterschreiben, der die Überprüfung von Projektpartner\_innen auf fdGO-Treue hin verlangt – notfalls durch Einholung von Informationen beim Verfassungsschutz. Die Gegensätze scheinen unversöhnlich: Die Inis sprechen von Misstrauenserklärung, Bespitzelungsaufforderungen und „Stasi“-Methoden. Die Minister\_innen erwidern, wer ein Problem mit solcherlei Erklärung habe, „demaskiert sich selbst“ und stellen die Klauselgegner damit pauschal unter Extremismusverdacht. Doch was steckt wirklich hinter dem Streit um das fdGO-Bekenntnis und was ist das eigentliche Problem?

## ■ Eine Welle des Protests

Ins Rollen kam die Auseinandersetzung um die Extremismusklausel mit der Verleihung des Sächsischen Demokratiepreises im November 2010. Als eine Art Testballon für Schröders Klausel auf Bundesebene wollte das Sächsische Innenministerium die potenziellen Preisträger\_innen vor der Verleihung zur Unterzeichnung eines Papiers verpflichten, indem diese ihre Verfassungstreue und die ihrer Projektpartner\_innen verbindlich bezeugen. Zum Eklat kam es bei der Verleihung am 9.11. in der Dresdner Frauenkirche, als einer der Preisträger, der Pirnaer Verein Akubiz e.V. öffentlichkeitswirksam die Annahme des Demokratie-Preises verweigerte. In einer Erklärung hieß es: „Die Aufforderung an uns, unsere Kooperationspartner\_innen auszu-leuchten, erinnert eher an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie“. Die Ablehnung erregte bundesweites Medieninteresse. Zahlreiche Vereine und Einzelpersonen der Demokratiearbeit (u.a. auch chronik.LE) unterstützten die Erklärung. In einer von Sozialwissenschaftler\_innen initi-

ierten Online-Petition unterschrieben bis heute mehr als 1200 Personen gegen „Generalverdacht und Bekenntniszwang“ durch die Extremismusklausel. Am 1. Februar 2011 schalteten zahlreiche Initiativen der Demokratiearbeit aus Protest ihre Webseiten ab und begaben sich in einen Streiktag. Mehr als 1000 Protestschreiben wurden an Familienministerin Schröder und an Bundeskanzlerin Merkel versendet.

## ■ Politik und Protest mit Verwaltungsmitteln

Mittlerweile wird deutlich: Die Kritik an der Extremismusklausel schießt sich ein gegen das Misstrauen, dass die staatliche Verwaltung den z.T. seit vielen Jahren in der Demokratiearbeit tätigen Projekten entgegenbringt. Zur Unterfütterung ihres Protests stützt sich die Zivilgesellschaft auch auf Rechtsgutachten. So erstellte der (eher liberal geprägte) Verfassungsrechtler Ulrich Battis von der Humboldt-Universität Berlin im Auftrag von Träger\_innen wie dem Kulturbüro Sachsen und der Aktion Sühnezeichen ein Gutachten, indem er die Verfassungsmäßigkeit der Erklärung, insbesondere der Teile, die die Partnerüberprüfung verlangen, in Frage stellt. Ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages kommt darüber hinaus zu dem Schluss, dass auch der erste Teile, das Bekenntnis zur fdGO, unverhältnismäßig für den angestrebten Zweck der Fördermittelentscheidung sei. Seit der Veröffentlichung dieser Gutachten haben sich inzwischen einzelne Länderparlamente und -verwaltungen öffentlich von der Klausel distanziert (so z.B. in NRW) oder haben wie das Land Berlin sogar Klage eingereicht.

## ■ Beschränkte Demokratievorstellungen

So nützlich diese juristische Schützenhilfe von Seiten der Rechtswissenschaftler und Verwaltungen auch scheint, so wenig dringt sie an den Kern des Problems vor. Schlimmer noch: sie birgt auch die Gefahr der Verkürzung der Auseinandersetzung auf formalistische Fragen. Die „Extremismusklausel“ von Schröder und Ulbig ist der Versuch auf Ebene der Verwaltung Politik zu machen. Der völlig unklare politische Kampfbegriff „Extremismus“ und die schwammige fdGO, die Demokratie auf ein rechtsstaatliches Verfahren reduziert, werden als Instrumente ins Werk gesetzt, unbequeme politische Vereine und Personen zu diskreditieren und nachhaltig aus dem Bereich zivilgesellschaftlicher Entwicklung und Teilhabe auszuschließen. Dabei fragt die Extremismusklausel keinesfalls nach tatsächlichen Anhaltspunkten für eine Gefährdung der Demokratie. Schon der „Anschein“ der Teilnahme womöglich „linksextremistischer“ Kräfte an einem Projekt (der u.a. durch eine völlig fragwürdige Verfassungsschutzlogik produziert wird) reicht aus, um von der finanziellen Förderung ausgeschlossen zu wer-

den. Träger\_innen sollen mit dieser Praxis in „gute“ Akteure (die fest mit beiden Beinen auf dem Boden der fdGO stehen, ohne jegliche Kritik an bestehenden Herrschaftsstrukturen, am Wirtschaftssystem oder strukturellen sozialen und ethnischen Ausschlussmechanismen) und „schlechte“ Akteure unterteilt werden (auf denen wegen ihrer grundlegenden Gesellschaftskritik der Linksextremismusvorwurf lastet). Letztendlich beschränkt die Extremismusklausel somit schon mit ihrem geforderten Bekenntnis zur fdGO den als zulässig erachteten politischen Raum derart, dass das Urversprechen der Demokratie – die gleichberechtigte Teilhabe aller; das Streben denjenigen Gehör zu verschaffen, die bislang keine Stimme hatten – nicht mehr eingelöst werden kann.

## ■ Ein konservatives Politik-Manöver

Den Befürworter\_innen der Extremismusklausel geht es nicht um eine Verteidigung der Demokratie gegen ihre Feinde, wie sie behaupten. Sie selbst sind mit ihrem beschränkten und formalistischen fdGO-Verständnis ein Problem für die demokratische Entwicklung in diesem Land. Mit dem Vehikel des Extremismusansatzes geht es einzig und allein darum, dem politischen Gegner mithilfe von Verwaltungsbestimmungen Stöcke zwischen die Beine zu werfen. Antidiskriminierender und antirassistischer Arbeit sowie Projekten gegen Neonazismus, die von einer grundlegenden Gesellschaftskritik nicht absehen, wird das Leben schwer gemacht. Sollten Schröder und Ulbig hart bleiben, und damit Vereine wie Akubiz künftig von staatlichen Geldern ausgeschlossen bleiben, gefährdet die konservative Regierung in Sachsen und im Bund mittelfristig auch die letzten Überbleibsel demokratischer Kultur, insbesondere in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands. Leider bestätigt die Art und Weise des Protests derzeit indirekt die der Klausel zugrunde liegende Logik. Statt der Forderung „Hört auf uns zu misstrauen!“, dem auch immer ein „wir stehen doch auf dem Boden der fdGO“ mitschwingt, wären die Demokratieinitiativen gut beraten, sich nicht auf die undemokratische, formalistische Ebene der „Extremismus“-Jäger\_innen einzulassen, und die Klausel als das zu kritisieren was sie ist: ein unlauteres politisches Manöver einer ultra-konservativen Regierung zur Bekämpfung ihrer Gegner\_innen.